

Abchasien

Kämpfe um den schönsten Teil der Schwarzmeerküste

Malerische Strände und palmengesäumte Straßen, Eukalyptushaine und Oleandergärten, mächtige Wasserfälle und die strahlenden Silbergipfel des Kaukasus am Horizont – Abchasien gilt als schönster Teil der Schwarzmeerküste. Unter seiner subtropischen Sonne gedeihen auf fruchtbaren Böden Tabak und Tee, Wein und Mandarinen. Die wenigen Städte sind kosmopolitisch geprägt. Persische, griechische und jüdische Einwanderer haben hier Cafés und Casinos, Schwefelbäder und Hotels eröffnet. Kein Wunder also, dass privilegierte Russen von der Zarenfamilie bis zu Gorbatschow ihre Sommer in Abchasien verbrachten. Doch der nur 8600 km² große Landzipfel im Nordwesten Georgiens ist gleichermaßen beliebt und umkämpft. Anfang der 1990er Jahre kostete ein Krieg zwischen georgischen und abchasischen Milizen 8000 Menschen das Leben, die Hälfte der fast 500 000 Einwohner floh aus Abchasien. Frieden haben die verfeindeten Parteien bis heute nicht geschlossen.

Historische Konfliktsachen Wie der gesamte Kaukasus zeichnet sich auch Abchasien durch ein vielfältiges Gemisch an Volksgruppen, Kulturen und Religionen aus. Knapp die Hälfte seiner heute etwa 200 000 Einwohner sind Abchasen, dazu kommen Armenier und Georgier (jeweils zwischen 15 und 20%), Russen (knapp 10%) sowie griechische und estnische Minderheiten. Die Mehrheit der Bevölkerung bekennt sich zum orthodoxen Christentum, eine Minderheit zum sunnitischen Islam. Verkehrssprache der verschiedenen Völkergemeinschaften ist Russisch. Abchasisch und Georgisch unterscheiden sich grundsätzlich voneinander, nicht nur was die Sprachfamilie (nord- bzw. südkaukasisch), sondern auch was das Alphabet betrifft. Während die Georgier früh eine eigene Schrift für ihre Sprache entwickelten, wurden für die abchasische Sprache zunächst kyrillische, später lateinische und georgische und seit 1954 wieder kyrillische Buchstaben verwendet.

Die frühe Geschichte Abchasiens nachzuzeichnen, ist überaus schwierig, da die Darstellungen auf georgischer und abchasischer Seite teilweise «bis zur völligen Unvereinbarkeit auseinandergehen» (Fuller 1995: 193). Während abchasische Historiker die Anfänge abchasischer Staatlichkeit in den ersten Jahrhunderten nach Christus verorten, bestreiten die radikalsten Vertreter auf georgischer Seite sogar die Existenz eines eigenständigen abchasischen Volkes. Obwohl oft «nur schwer nachvollzogen werden [kann], was antike und mittelalterliche Autoren unter Begriffen wie <Georgien> oder <Abchasien> wirklich verstanden» (Auch 2005: 239), versuchen beide Seiten zu beweisen, dass ihre Vorfahren die ursprünglichen – und damit die legitimen – Bewohner des umstrittenen Gebietes sind.

Schon in der späten Antike war das heutige Abchasien ein typischer Durchzugsraum zwischen den Steppen des nördlichen kaukasischen Vorlands, den Hochgebirgen und

der Schwarzmeerküste. Griechen, Perser, Araber und Mongolen versuchten, die Region unter ihre Kontrolle zu bringen, wodurch sich verschiedenste Völker mit den ansässigen Bewohnern vermischten. Im 8. Jh. etablierte sich im heutigen Westgeorgien ein abchasisches Königreich, das jedoch schon 989 mit dem georgischen Königreich vereint wurde. Als sich Georgien Ende des 15. Jh. in zahlreiche regionale Fürstentümer spaltete, wurde Abchasien erneut ein selbständiger Staat. Seit dem 16. Jh. gewann das Osmanische Reich dort allerdings immer stärkeren Einfluss. Große Teile der abchasischen Bevölkerung, die im 6. Jh. das Christentum angenommen hatten – zunächst das byzantinische, dann das georgisch-orthodoxe –, traten zum Islam über.

1810 wurde Abchasien, ebenso wie große Gebiete Georgiens, Teil des russischen Zarenreiches. Um seine Herrschaft im Kaukasus zu sichern, begann Russland, das Gebiet mit christlichen Siedlern zu bevölkern. Diese rigorose Kolonialisierungspolitik und die Kaukasischen Kriege führten in der zweiten Hälfte des 19. Jh. zur Massenauswanderung südkaukasischer Muslime ins benachbarte Osmanische Reich. Der abchasische Anteil an der Bevölkerung der Region verringerte sich von 86% auf 55 %, während sich der georgische von 6% auf 24% erhöhte. Bis zum Zerfall des Zarenreiches 1917 blieb Abchasien Teil des russischen Imperiums. Ein bolschewistischer Aufstand wurde durch die georgischen Menschewiki niedergeschlagen und das Gebiet im Juni 1918 der Republik Georgien angegliedert. Was die Abchasen als Annexion ihres Landes empfanden, wurde von den Georgiern als Wiederherstellung der territorialen Integrität gefeiert.

Sowjetische Nationalitätenpolitik Die sowjetische Divide-et-impera-Politik verstärkte in den kommenden Jahrzehnten die Spannungen. Nach der Eroberung Georgiens durch die Rote Armee 1921 wurde neben der Sozialistischen Sowjetrepublik (SSR) Georgien eine Sowjetrepublik Abchasien gegründet. Nur zehn Jahre später wurde diese jedoch zu einer Autonomen Republik innerhalb Georgiens zurückgestuft. Abchasien gilt dabei als «umstrittenstes Beispiel für die Legitimität der nationalen Autonomien» (Gerber 1997: 118), denn die Abchasen waren in ihrer eigenen Republik deutlich in der Minderheit. 1989 machten sie lediglich 17%, Georgier hingegen 46% der Bevölkerung aus.

Zwar war der autonome Status Abchasiens innerhalb der Georgischen SSR «nur ein Etikett» (Gerber 1997: 119), die Parteizentrale in Tbilisi fasste ihre Beschlüsse bis in die 1980er Jahre hinein ohne die Stimmen der Abchasen. Nichtsdestotrotz genossen diese zahlreiche Privilegien und besetzten politische Führungspositionen in der Autonomen Republik. Die georgische Seite beschwerte sich daraufhin über die «abchasische Ethnokratie» und die «Unterdrückung der Mehrheit durch die Minderheit» (Kokejew/Otyrba 1997: 16). Die sowjetische Führung förderte auf diese Weise – wenn auch unbeabsichtigt – das Entstehen einer nationalen abchasischen Elite, die nach dem Zerfall der UdSSR einen eigenen Staat forderte.

Zusätzlich trug die von den Bolschewiki angestrebte «Sowjetisierung der Völker» zur Entfremdung zwischen den Volksgruppen bei. Während es die national- und selbstbewussten Georgier schafften, sich dem Russifizierungsdruck teilweise zu widersetzen, war dies für die Abchasen weitaus schwieriger. Sie mussten ihre eigene Sprache und Kultur zusätzlich gegen das Georgische verteidigen – und nahmen dafür in Kauf, die russische Sprache in ihrem Alltag zu akzeptieren. Für kleine Nationen wie die Abchasen war dies eine unverzichtbare Voraussetzung für Studium, Beruf und

Parteilaufbahn. Die Abchasen konnten sich deshalb eher mit einer russischen als mit einer georgischen Identität abfinden – und wurden von den Georgiern als «Handlanger» oder «Knechte» Russlands beschimpft.

Angesichts der Tatsache, dass die gewaltsame Assimilierungs- und Umsiedlungspolitik Stalins und Berijas in den 1930er und 1940er Jahren «fast zur Auslöschung der Abchasen» (Gerber 1997: 124) führte, mutet das einigermaßen paradox an. Abchasische Ortschaften wurden umbenannt und Familiennamen georgisiert; abchasische Literatur durfte nur noch in georgischer Schrift erscheinen; die abchasische Sprache wurde an Schulen nicht mehr unterrichtet. Bis in die 1950er Jahre hinein wurden etwa 100 000 Georgier in Abchasien angesiedelt. Die Abchasen empfanden dies jedoch nicht als gezielte sowjetische, sondern als georgische Politik. Stalin und sein Geheimdienstchef Berija waren für sie in erster Linie gebürtige Georgier, deren Befehle durch ihre Landsleute ausgeführt wurden. Diese «durchaus nachvollziehbare, aber undifferenzierte Interpretation» führte zu «historischen Missverständnissen» (Gerber 1997: 124), die bis heute nicht ausgeräumt wurden.

In der Tauwetterperiode nach Stalins Tod 1953 lockerte die Regierung in Tbilisi ihre rigide Nationalitätenpolitik etwas. Ethnische Abchasen konnten leitende politische Funktionen in der Autonomen Republik übernehmen; abchasische Schulen wurden wieder geöffnet; Literatur durfte in kyrillischer Schrift publiziert werden. Die Diskriminierung ethnischer Minderheiten wurde in Georgien jedoch nie grundsätzlich beendet. Seit Ende der 1950er Jahre kam es deshalb in Abchasien immer wieder zu Protesten. Georgische Kulturdenkmäler wurden geschändet und georgische Namen auf Ortsschildern durchgestrichen. Vertreter der abchasischen Öffentlichkeit baten die Staatsspitze in Moskau, sich von Georgien trennen und Russland beitreten zu dürfen. Die Parteispitze in Tbilisi wollte die Lage nicht verschärfen und vermied jede Diskussion über die abchasische Frage. Sie ignorierte anti-georgische Aktionen und überließ radikalen Nationalisten das Feld.

Konfliktverschärfung zum Ende der Sowjetunion Seit dem Ende der 1980er Jahre ließen die ethnischen Gruppen – ermuntert durch Gorbatschows Glasnost-Politik – ihren Ressentiments freien Lauf. Die nationalistische Opposition Georgiens forderte offen die Auflösung der Autonomen Republik Abchasien. Proteste gegen «die <undankbaren abtrünnigen> Abchasen wurden zu einem wichtigen Katalysator der georgischen Volksbewegung» (Auch 2005: 244). Sie waren unter anderem Anlass für die Demonstrationen vom 9. April 1989 in Tbilisi, die sowjetische Truppen gewaltsam auflösten. 19 Menschen starben. Dass sich die Abchasen in dieser Zeit mit der Sowjetregierung verbündeten, um die Unabhängigkeit Georgiens zu verhindern, wurde in Tbilisi als «zynische Provokation» empfunden (Gerber 1997: 140).

Im Juli 1989 kam es zu ersten bewaffneten Zusammenstößen, als die georgische Regierung die Universität in der abchasischen Hauptstadt Suchumi nach ethnischen Kriterien teilen wollte. Bei Straßenschlachten wurden 17 Menschen getötet und mehr als 400 verletzt. Im März 1990 erklärte das Parlament in Tbilisi Georgien für unabhängig. Im Oktober 1990 gewann Swiad Gamsachurdia die georgischen Parlamentswahlen. Er hatte die Opposition mit den Forderungen «Georgien den Georgiern» und «Abchasien ist Georgien» hinter sich vereint und sah in den Sezessionsbestrebungen «einen aus Moskau gesteuerten Anschlag auf die georgische Integrität» (Gerber 1997: 15). Nur wenige Monate später wurde in Abchasien der

ebenso kompromisslose Nationalist Wladislaw Ardsinba zum Parlamentspräsidenten ernannt, der seinerseits Abchasien für unabhängig erklärte.

Als Gamsachurdia im Januar 1992 durch einen Militärputsch gestürzt wurde, kam Eduard Schewardnadse als neues Staatsoberhaupt nach Tbilisi. Der ehemalige sowjetische Außenminister genoss zwar im Ausland hohes Ansehen, in Georgien schaffte er es jedoch nicht, seine Macht zu festigen und die Putschisten zu entwaffnen. Ihre paramilitärischen Gruppen und Teile der Nationalgarde marschierten im August 1992 in Abchasien ein und entmachteten das Parlament in Suchumi. Schewardnadse übernahm die politische Verantwortung für diesen Schritt, obwohl er ihn nicht befohlen hatte. Er hoffte, Abchasien in einem kurzen Krieg zu schlagen.

Schon im Oktober drängten die Abchasen die georgischen Truppen jedoch aus Abchasien zurück – nicht zuletzt, weil sie von den in der abtrünnigen Republik stationierten russischen Soldaten und Freiwilligen aus dem Nordkaukasus unterstützt wurden. Im Mai 1994 vermittelte die Russische Föderation einen Waffenstillstand, den bis Oktober 2008 eine rund 1600 Mann starke GUS-Friedenstruppe überwachte. Etwa 8000 Menschen starben im Krieg; 250000 Personen, überwiegend Georgier, flohen aus Abchasien.

In den folgenden Jahren flammten die Kämpfe immer wieder auf. Mehr als 500 Menschen wurden dabei getötet. Im Frühjahr 2008 verlegten Russland und Georgien zusätzliche Truppen und schwere Waffen an die georgisch-abchasische Grenze. Der Krieg um Südossetien im August 2008 griff dennoch nicht auf Abchasien über. In der Folge trat Georgien jedoch aus der GUS aus und kündigte das Waffenstillstandsabkommen von 1994. Ein Folgeabkommen unterzeichneten Russland und Georgien Mitte August nach Vermittlung des damaligen EU-Ratsvorsitzenden Nicolas Sarkozy. Russland erkannte Abchasien als unabhängigen Staat an und erklärte die GUS-Friedensmission Mitte Oktober 2008 für beendet. Seither sind etwa 3000 reguläre Soldaten der russischen Armee in Abchasien stationiert.

Konfliktakteure und ihre Interessen Die Aussichten darauf, dass sich die politischen Führungen in Tbilisi und Suchumi über den Status Abchasiens einigen, sind seither denkbar gering. Sie stehen sich mit vollkommen gegensätzlichen Forderungen gegenüber: Die Abchasen sind seit dem militärischen Sieg 1993 faktisch unabhängig und haben damit ihr Ziel erreicht. Verhandlungen über eine Autonomie innerhalb Georgiens lehnen sie vehement ab. Dass ihr Land international nur von Russland anerkannt und wirtschaftlich weitgehend isoliert ist, ändert daran wenig. Der georgische Präsident Michail Saakaschwili wiederum hat bei seinem Amtsantritt im Januar 2004 die Wiedervereinigung Georgiens zur obersten Priorität erklärt. Durch seine unbeherrschte und unüberlegte Politik gegenüber den im Land lebenden Minderheiten, die 2008 im Krieg um Südossetien gipfelte, ist die Kluft zwischen Georgiern und Abchasen heute tiefer denn je.

Der wichtigste internationale Akteur im georgisch-abchasischen Konflikt ist die Russische Föderation. Sie verfolgt im Südkaukasus äußerst widersprüchliche Ziele. Einerseits böte die Lösung des Konflikts dem unterentwickelten russischen Süden die Chance wirtschaftlichen Aufschwungs. Neue Kämpfe hingegen wären eine direkte Gefahr für die explosive Situation in den benachbarten südrussischen Republiken. Andererseits zählt Moskau Georgien zu seiner historisch entstandenen

Interessensphäre und empfindet den schwindenden Einfluss dort als sicherheitspolitische Bedrohung. Mithilfe der ungelösten Konflikte versucht es, seine Macht in der Region aufrechtzuerhalten: Russische Soldaten bleiben in Georgien stationiert, die Integration Georgiens in westliche (Sicherheits-)Bündnisse wird gebremst. Eine derart kontrollierte Instabilität kommt Russland sehr entgegen.

Dies erklärt das ambivalente Verhalten Moskaus im Abchasienkonflikt. Offiziell übernimmt Russland in den UN-geführten Friedensverhandlungen die Rolle eines besonderen Vermittlers. Tatsächlich aber unterstützt es die Abchasen und verhindert damit den Erfolg der Verhandlungen. Schon 1993 konnten die Separatisten ihren militärischen Sieg nur mit russischer Hilfe erringen. Seitdem überleben sie hauptsächlich durch den Handel über illegale Grenzübergänge nach Russland. Seit Sommer 2002 verteilten die Behörden zudem russische Pässe in Abchasien. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung nahm daraufhin die russische Staatsbürgerschaft an. Moskau kann nun jede Intervention in Abchasien mit dem Schutz eigener Staatsbürger begründen – wie es dies in Südossetien im August 2008 bereits getan hat.

Russlands Bestreben, seine dominierende Stellung im Südkaukasus aufrechtzuerhalten, wurde seit Mitte der 1990er Jahre durch das Auftauchen eines zweiten internationalen Akteurs verstärkt: der USA. Mit dem Ziel, ihre Energieversorgung zu diversifizieren und die Abhängigkeit vom Nahen Osten und von Russland zu verringern, nahmen diese den Bau neuer Pipelines in Angriff, die Russland im Süden umgehen. Für deren Betrieb ist politische Stabilität in Georgien unerlässlich. Seit 2002 versorgt die Regierung in Washington die georgische Armee deshalb mit modernen Waffen und Kommunikationsgerät und bildet Soldaten und Polizisten aus.

Aus dem allgemeinen Interesse der USA an Stabilität und Sicherheit in Georgien folgt jedoch nicht, dass sich diese forciert für eine Lösung des Abchasienkonflikts einsetzen würden. Der eingefrorene Zustand ist aus US-amerikanischer Sicht eindeutig einer Entwicklung vorzuziehen, die zwar unter Umständen zur endgültigen Klärung der Statusfrage führen, zugleich aber das Risiko erneuter Unruhen bergen könnte. Die geopolitische Konkurrenz Russlands und der USA wirkt sich dabei negativ auf den Friedensprozess aus. Indem Russland als Patron der Abchasen agiert und die USA Georgien den Rücken stärken, übertragen die Großmächte ihre Rivalität auf die Konfliktparteien.

Um eine politische Lösung des Konflikts wird seit 1992 unter der Ägide der Vereinten Nationen gerungen – bisher ohne Ergebnis. Obwohl die UN als Organisation ein uneingeschränktes Interesse daran haben, den eingefrorenen Zustand aufzubrechen und den Konflikt nachhaltig beizulegen, sind sie zu schwach, dies durchzusetzen. Die bis zu 140 Militärbeobachter, die seit 1993 an der georgisch-abchasischen Grenze patrouillieren, tragen keine Waffen und können die Lage deshalb nur sehr eingeschränkt kontrollieren. Vor allem aber behindern die widersprüchlichen Interessen führender UN-Mitglieder – allen voran Russlands und der USA – die Verhandlungen.

Derzeit werden die Grenzen zwischen Georgien und den abgespaltenen Gebieten Abchasien und Südossetien von der EU Monitoring Mission (EUMM) beobachtet. Sie hat die Aufgabe, die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens zu überwachen und Kontakte zwischen den Konfliktparteien aufzubauen, um die Lage zu stabilisieren.

Neben dem Hauptquartier in Tbilisi hat die EUMM eines ihrer Feldbüros in Zugdidi nahe der abchasischen Grenze eingerichtet. Die Mitglieder der EUMM sind – wie ihre Vorgänger von der UNOMIG – nicht bewaffnet.

Seit Beginn der 1990er Jahre organisiert die EU umfangreiche Wiederaufbauprogramme in Georgien, ohne diese jedoch an konkrete politische Ziele zu binden. Im Juli 2003 setzte sie einen Sonderbeauftragten ein, um eine kohärente Strategie gegenüber der Region zu entwickeln. Diese war allerdings auch im Mai 2009 noch nicht erkennbar, als die Union mit Georgien und anderen Ländern eine neue Ostpartnerschaft vereinbarte. Das liegt unter anderem daran, dass führende EU-Mitgliedstaaten enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Russland pflegen und von Moskau nicht als geopolitische Gegenspieler wahrgenommen werden wollen. Die EU als Ganze aber strebt – genau wie die USA – danach, ihre Energieversorgung zu diversifizieren und ist deshalb ebenfalls an politischer Stabilität in Georgien interessiert.

Zusammengefasst spielen die internationalen Akteure im Abchasienkonflikt also folgende Rollen: Russland kommt der Status quo entgegen, weil es so seinen Einfluss in Georgien aufrechterhalten kann. Die USA und die EU sind zwar allgemein an einer Beilegung des Konflikts interessiert, setzen sich jedoch nicht nachdrücklich dafür ein. Die Vereinten Nationen schließlich sind zu schwach, um die Konfliktparteien zu echten Kompromissen zu bewegen, wie die Schließung der UNOMIG 2009 deutlich zeigte.

Konfliktlösungsperspektiven Folgt aus dieser festgefahrenen Situation, dass für die Zukunft nach anderen Verhandlungsforen gesucht werden muss? Nicht unbedingt. Aus Sicht beteiligter Diplomaten bieten die bestehenden Mechanismen den verfeindeten Parteien ausreichende Verhandlungs- und Kontaktmöglichkeiten – sie müssten nur genutzt werden. Der Koordinierungsrat beispielsweise, in dem sich hochrangige Vertreter Georgiens, Abchasiens und der UN regelmäßig treffen sollten, hat wegen wieder aufflammender Gefechte seit Sommer 2001 praktisch nicht mehr getagt. Auch die Verhandlungen über konkrete Themen wie Sicherheit, Wirtschaft oder Flüchtlingsrückkehr auf unterer politischer Ebene werden aus politischen Gründen immer wieder ausgesetzt. Ziel der internationalen Gemeinschaft muss es also zunächst einmal sein, die kontinuierliche Arbeit der bestehenden Vermittlungsforen voranzutreiben.

Die Effektivität der Friedensverhandlungen würde zudem durch ein geschlossenes Auftreten der internationalen Vermittler erhöht. Die Rivalität innerhalb der UN ermöglicht es den Konfliktparteien immer wieder, Kompromisse abzulehnen und auf parallele, bilaterale Verhandlungskanäle auszuweichen. Dabei beruht die Konkurrenz zwischen Russland und den USA im Südkaukasus auf überholtem Großmachtdenken. Schließlich steht außer Frage, dass Moskau allein aufgrund seiner geographischen Nähe und seines enormen wirtschaftlichen Einflusses der wichtigste außenpolitische Akteur in Georgien ist und bleiben wird. Daran ändern auch das Engagement des Westens auf dem Energiesektor und sein Interesse an einer demokratischen Entwicklung in Georgien nichts. Wären die UN-Vermittler einstimmig aufgetreten, hätte dies den Druck auf die Konfliktparteien deutlich erhöhen können.

Die EU als größter ausländischer Geldgeber in Abchasien könnte diesen Prozess unterstützen, indem sie ihre bisher eher unpolitischen Hilfsprogramme stärker an die

Bereitschaft zu Verhandlungen und Kompromissen knüpft. Zudem sollte sie gezielt Projekte fördern, die eine enge praktische Zusammenarbeit von Georgiern und Abchasen erfordern und für beide Seiten gleichermaßen von Nutzen sind. Dazu gehören der Betrieb des Kraftwerks am Grenzfluss Inguri und der Wiederaufbau der Verkehrswege zwischen Tbilisi und Suchumi.

Wichtiger noch als die Politik der internationalen Akteure ist allerdings das Verhalten der Konfliktparteien selbst. Durch seine kurzsichtigen Versuche, die territoriale Einheit des Landes wieder herzustellen, hat der georgische Präsident Saakaschwili die Friedensbemühungen an den Nullpunkt zurückgeworfen. Den Abchasen ist zwar bewusst, dass Russland sie nur aus taktischen Gründen unterstützt und den Schutz ihrer Rechte als Minderheit nicht dauerhaft garantiert. Doch Georgien erscheint in dieser Situation nicht als Alternative. Zu einer solchen könnte es erst werden, wenn Tbilisi die Statusfrage zurückstellt, durch langfristige und glaubhafte Zusammenarbeit auf unterster Ebene Vertrauen entwickelt und endlich ein tragfähiges Modell für die friedliche Koexistenz der Völker vorlegt. Georgier und Abchasen dürfen dabei die Rolle, die sie in der internationalen Geopolitik spielen, nicht überschätzen. Der Schlüssel zur Lösung des Konflikts liegt nicht Moskau, Washington oder Brüssel, sondern in Tbilisi und Suchumi.

Lit.: Aphrasidze, D.: Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens. Zur Rolle kleiner und schwacher Staaten in der neuen europäischen Friedensordnung. Baden-Baden 2003. – Auch, E.-M.: Der Konflikt in Abchasien in historischer Perspektive. In: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (Hg.): OSZE-Jahrbuch 2004. Baden-Baden 2005, S. 237–252. – Coppieters, B.: Westliche Sicherheitspolitik und der Konflikt zwischen Georgien und Abchasien. Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 12. Köln 1999. – Fuller, E.: Ethnische Minderheiten in den transkaukasischen Staaten. In: Halbach, U./Kappeler, A. (Hg.): Krisenherd Kaukasus. Baden-Baden 1995, S.179–195. – Gerber, J.: Georgien: Nationale Opposition und kommunistische Herrschaft seit 1956. Köln 1997. – Gruska, U.: Separatismus in Georgien. Möglichkeiten und Grenzen friedlicher Konfliktregelung am Beispiel Abchasien. Hamburg 2005. – Kokejew, A./Otyrba, G.: Der Weg in den Abchasien-Krieg. Mannheim 1997.

ENDE

Dieser Text ist urheberrechtlich geschützt. Er darf ohne Genehmigung der Autorin nicht weiterverwertet werden. Insbesondere darf er nicht ganz oder in Auszügen abgeschrieben oder in sonstiger Weise vervielfältigt werden.